

<u>öffentlich</u>		Antrag
Geschäftszeichen 3-103	Datum 20.01.2026	<b>ANT/2026/027</b>
Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine

## Antrag der WSI-Fraktion auf Einzelhaushalt für 2026

### Anlage/n

- 1 WSI-Antrag Einzelhaushalt 2026

## Antrag auf Einzelhaushalt für 2026

Die WSI-Fraktion beantragt, von der Verabschiedung eines Doppelhaushaltes für 2026/2027 abzusehen und nur über den Teil des Haushaltsentwurfes abzustimmen, der sich auf das Haushaltsjahr 2026 bezieht.

### Begründung:

Um die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2025 zu ermöglichen, wurde seinerzeit ein Haushaltsbegleitbeschluss verabschiedet, in dem die zügige Umsetzung von Sparkonzepten angekündigt wurde. Für diese Konsolidierungsvorschläge hätten - auch nach Auffassung der Kommunalaufsicht - bereits im Haushaltsjahr 2025 geeignete Konzepte von der Verwaltung vorgeschlagen und von der Politik beschlossen werden sollen. Dies ist nicht erfolgt.

Die vereinbarten Sparkonzepte haben daher auch keinen Eingang in den vorgelegten Doppelhaushalt gefunden. Sie sollen gemäß des Vorschlages der Verwaltung erst in den Haushalt 2028 eingepreist werden.

Das erscheint uns als zu spät und zu unambitioniert und es gefährdet die zeitnahe Genehmigung des Haushaltes für 2026 durch die Kommunalaufsicht.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Haushalt 2028 direkt vor der Kommunalwahl beschlossen werden soll. Die Erfahrung lehrt, dass die Bereitschaft einiger Fraktionen zu diesem Zeitpunkt sicher nicht sehr ausgeprägt sein wird, Sparbeschlüssen zuzustimmen.

Ein weiterer Kritikpunkt der WSI-Fraktion an einem Doppelhaushalt zu diesem Zeitpunkt ist die Ermittlung der Haushaltszahlen für 2027. Hier ist in vielen Fällen leicht erkennbar, dass es sich nur um vage Prognosen handelt, die wenig belastbar sind.

Darüber hinaus steht die Stadt vor großen Herausforderungen, die bislang noch keinen Eingang in die Strategie- und Haushaltsplanung gefunden haben (als Beispiel Wärmewende, Ertüchtigung Stromnetz, städtisches Wachstum,...).

Zusätzlich ist in den letzten Monaten sehr deutlich geworden ist, dass sich in der Verwaltung aufgrund der Personalumbrüche viele Unsicherheiten eingeschlichen haben.

Aus diesen Gründen halten wir es für geboten, der Verwaltung keinen „Blankoscheck“ für zwei Haushaltsjahre auszustellen, sondern lieber noch ein Jahr auf Sicht zu fahren, um die Konsolidierungsvorschläge zügiger in die Umsetzung zu bringen und auch die erforderliche strategische Neuausrichtung haushalterisch abzubilden.

Philipp Grüßner, Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses  
Angela Drewes, Fraktionsvorsitzende der WSI-Ratsfraktion